

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/231

1. Dezember 1972

Strauß: Wahlhelfer oder Wahlverlierer?

Anmerkungen zu einem heißen Innenpolitikthema

Von Fritz Sängler

Seite 1 und 2 / 83 Zeilen

Die Unterzeichnung des Grundvertrages

Drittes Brandt-Stoph-Treffen erst später

Seite 3 / 36 Zeilen

Schritt für Schritt sorgsam ausloten

Zur Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Hauspflege lindert Familiennot

Lehren aus den Erfahrungen der AWO

Seite 6 und 7 / 75 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 409
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 888 846 / 889 847/
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Strauß: Wahlhelfer oder Wahlverlierer ?

Anmerkungen zu einem heißen innenpolitischen Thema

Von Fritz Sänger

Wie soll es der politische Laie überhaupt noch verstehen, was sich da in den "Unions"-Parteien tut, wenn er vorher wochenlang die Panikmache, die "männerharten" Sprüche gehört hat, die unverschämten persönlichen Angriffe gegen Politiker der sozialliberalen Koalition am Fernsehschirm erlebt hat ("Das ist nicht wahr, Herr Bundeskanzler!", "Sie sagen die Unwahrheit!") Und wenn er die Behauptungen mit unkontrollierbaren Zahlenangaben über sich ergehen lassen mußte - alles von Männern, die so taten, als beherrschten sie die Fachgebiete der Wirtschaft wie die Hausfrau ihre Küche, und die nun nichts weiter können, als sich um Positionen und Organisationsformen zu zanken. Die Grundsätze, die Franz Josef Strauß jetzt vertritt, radikaler zu sein, sich "mehr zu profilieren" und die er mit einem Hinweis auf die Haltung in der Deutschlandpolitik und Ostpolitik begründen will, bezeugen doch, daß es ihm nicht um die Sache geht, sondern nur um Macht.

Franz Josef Strauß weiß natürlich, daß gerade die Ostpolitik und die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt-Scheel die Wähler angezogen hat. Sie hatten und haben das Vertrauen gewonnen, daß sie redlich zu Entscheidungen geführt wurden, daß sie unterrichtet wurden wie niemals vorher, daß diese Regierung den Frieden sichert und nicht nur Sprüche darüber macht, daß sie im Recht der Gesetze und Verfassung regiert und nicht gelegentlich auch außerhalb der Legalität.

Genau dies waren und bleiben die Unterschiede, die der einfache Bürger mit größerer Sicherheit erfaßt als es sich der wenig differenziert denkende Bajuware Strauß vorzustellen vermag. Strauß hat zwar diese Situation erfaßt, aber er überrollt alle, die mit ihm Politik zu machen glauben, und sieht und will nur den seiner Natur entsprechenden rücksichtslosen, anmassenden Vorstoß auf die Plätze der Amtsgewalt. Er hat dort gesessen und gezeitigt, was er zu tun vermag. Dessen erinnert sich oder das ahnt zumindest der Mann auf der Straße, wenn er schon nicht die noch viel weitergehenden Äußerungen des allzu oft der Selbstkontrolle entgleitenden Strauß kennt, die bis zur Gewaltandrohung gingen.

Es war Franz Josef Strauß, der sehr entscheidend dazu half, daß der Wahlkampf für die CDU und ihre Freunde verloren gegangen ist. Daß die politischen Behauptungen und Aussagen der CDU und CSU nicht weniger dazu beitrugen, braucht nicht mehr bewiesen zu werden. Sie waren unwahrhaftig, wurden selbst von kritischen Anhängern öffentlich bezweifelt, und werden nun, nach dem Wahlkampf, mit milden Worten auf ihren Kern zurückgeführt oder einfach gestrichen, wie

man täglich in neuesten Interviews hören kann.

Warum stellt die viermal stärkere CDU der kleinen Stief-schwester aus Bayern nicht diese Tatsachen entgegen? Oder erkennt sie die wahren Gründe ihrer Wahlniederlage, die beide Parteien erlitten haben, wirklich nicht: die Unterschiedlichkeit zu vieler ihrer Agitatoren; die Unglaubwürdigkeit der von ihnen gebrauchten Argumente und des Gesamtverhaltens der Parteien in der politischen Arena; den Mangel an Respekt vor dem Wähler, den man für dumme verkaufte, indem man ihm den offenen, greifbaren Widerspruch zwischen christlich-sozialem Getue und wirkungsvoller Sozialpolitik und die innere Unwahrscheinlichkeit der vielfachen Verteufelungsthemen von sozialistischer Planung, Vernichtung der Meinungsfreiheit, Aufhebung des freien Wahlrechts und vieles mehr zumutete? Es waren alles Erfindungen von sachunkundigen, vielfach unpolitischen, überwiegend verärgerten, zweifelnden und unwirsch gewordenen Parteifanatikern.

Diesen Wahlkampf 1972 haben die Gegner der sozialliberalen Koalition nicht zuletzt durch Menschen und Methoden verloren. Durch die Methoden der absichtlichen Mißdeutung wichtiger Ereignisse, der Übertreibung, Verzerrung und Verfälschung unbestreitbarer und offener Tatsachen. Und durch die Menschen, die mit fast totalem Mangel an Einfühlungsvermögen und psychologischem Sinn sich mit rednerischen Seitentänzen und mit Artistik in der Behandlung realer Sachfragen, mit im lächelnden Gesicht erkennbarer Geringschätzung, mit Spott und Zynismus über Hörer und Zuschauer erhaben zu dünken schienen. Sie schienen die Wähler nicht für voll zu nehmen, weil sie ihnen Hirngespinnste, Phantastereien aus alten Truhen der politischen Vergangenheit und immer wieder Illusionen zumuteten, ernsthafte Auseinandersetzungen aber - und vor allem am Fernsehschirm! - in die primitivste Polemik hinabzerzerten, bis es dem Zuschauer peinlich wurde. In dieser Art einen politischen Kampf zu führen, darin ist Strauß freilich fast meisterhaft.

Wenn die CDU das erkannt hat, wenn die ernsthaften Christlich-Sozialen Bayern dies ins Bewußtsein heben, werden sie unbeschwert entscheiden können. Seinen politischen Gegnern konnte dieser Franz Josef Strauß im Wahlkampf nur recht sein. In der Arbeit für die Entwicklung einer demokratischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und für das Ansehen und die Mitwirkung der Bundesrepublik in den Angelegenheiten aller Völker aber ist er wahrlich keine Hilfe. (-/1.12.1972/ks/ja)

+ + +

Die Unterzeichnung des Grundvertrages

Drittes Brandt-Stopf-Treffen erst später

Im Vordergrund aller Überlegungen, die mit dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängen, steht die aus diesem Vertrag erwachsene zwingende Notwendigkeit und Verpflichtung, die daraus abzuleitenden menschlichen Erleichterungen so bald wie möglich zu verwirklichen. Das aber heißt, daß der Unterzeichnungsakt nicht über Gebühr hinausgeschoben wird, weil dadurch kostbare Wochen verloren gehen müßten, und daß die dann unverzüglich folgende parlamentarische Behandlung durch Bundesrat und Bundestag bis zum Akt der Ratifizierung aus eben denselben übergeordneten Gesichtspunkten nicht verzögert oder gar verschleppt wird.

Diese Tatbestände wird man sich vor Augen halten müssen, wenn man jetzt zur Kenntnis zu nehmen hat, daß die seit Wochen erwartete Ostberlin-Reise des Bundeskanzlers bis auf weiteres nicht stattfinden wird. Die Unterzeichnung des Grundlagenvertrages wird in Ostberlin durch die Staatssekretäre Egon Bahr und Dr. Michael Kohl vollzogen werden: zweifellos in dem dafür erforderlichen feierlichen Rahmen. Diese Regelung ist die Folge von sachlichen und personellen Schwierigkeiten auf beiden Seiten, in Bonn und in Ostberlin, die sich schließlich nur durch einen Kompromiß lösen ließen.

Das Bedauern über die Tatsache, daß es noch nicht zu einer dritten Begegnung zwischen den beiden deutschen Regierungschefs Willy Brandt und Willi Stopf kommen soll, braucht man nicht zu unterdrücken. Eine solche dritte Begegnung, nach der Reihenfolge Erfurt und Kassel wieder in der DDR, wäre nach Ansicht vieler Beobachter gerade aus Anlaß der Unterzeichnung dieses Grundlagenvertrages eine, um es vorsichtig zu formulieren, gute Sache gewesen. Sie wird sich aber zweifellos zu einem späteren, hoffentlich nicht allzu späten Zeitpunkt realisieren lassen. Dabei sollte man auch der Vermutung nicht zu großes Gewicht beimessen, daß man in Ostberlin dem Brandt-Besuch mit Sorge entgegengesehen hätte. Schließlich hatte ja die DDR-Regierung selbst konkrete Terminvorschläge gemacht für Ostberlin.

(ee/1.12.1972/bcy/ee)

+ + +

Schritt für Schritt sorgsam ausloten

Zur Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank

Die Bundesbank und der Zentralbankrat haben aus eigenen und den Fehlern früherer Regierungen gelernt. Anders als 1965/66, als eine überzogene Kreditverschärfung den Boom urplötzlich ins Schleudern brachte und die deutsche Wirtschaft in die Talsohle drückte, tastet sich die Notenbank nun vorsichtig durch den Konjunkturdschungel. Anders als 1965/66 will man offenbar nicht mehr bis zu jenem Punkt vordringen, von dem aus man selbst nicht mehr zu bekannten und gefahrlos begehbaren Pfaden zurückfinden kann.

Für die Bundesbank und die Bundesregierung ergibt sich derzeit eine konjunkturelle Lage, bei der keineswegs sichergestellt ist, daß ein massiertes Vorgehen - sozusagen mit brachialer Bremsgewalt - vielleicht doch die Wirtschaft in Richtung Talfahrt drängen würde. Weil aber zurzeit auch Teile jener Liquidität wieder aus der Bundesrepublik abfließen, die in erster Linie die unerfreuliche Entwicklung der letzten 24 Monate bewirkte, kommt es vorrangig darauf an, Schritt für Schritt das Maß des Nötigen und Möglichen auszuloten. Es gilt, in sinnvoller Abstimmung zwischen Bonn und Frankfurt, einen konjunkturellen Einbruch ebenso wie einen Stimmungsumschwung in der Wirtschaft zu verhindern.

Ein zu forsches Anheben des Diskontsatzes könnte leicht dazu führen, daß deutsche Zinsen für die immer noch in unerträglichem Ausmaß vagabundierende internationale Liquidität wieder attraktiv werden. Mit der Diskontpolitik muß sich die Notenbank vorsichtig an jenes Zinsniveau herantasten, das "gerade noch uninteressant" für unerwünschte Liquidität ist. Gleichzeitig kann die Notenbank aber durch Lombard- und Mindestreservesätze, durch Rediskontkontingente und notfalls auch

durch die bisher nicht frequentierte Offenmarktpolitik in Ergänzung zum normalen Mittelabfluß dem Binnenkreislauf soviel Liquidität entziehen, wie nötig ist, um inflationierende Nachfrageimpulse schon im Ansatz zu ersticken. Und genau hier liegt die diffizile Problematik. Denn der Geldkreislauf muß immer noch über soviel Liquidität verfügen, die ein Wachstum der Wirtschaft nach Wunsch und Maß ermöglicht.

Die Steuerung der Nachfrage kann aber nicht allein der Notenbank und ihren Möglichkeiten zur Liquiditätsbeeinflussung überlassen werden. Sonst kann das Konjunkturschiff schon bald Schlagseite bekommen. Die Kontergewichte zur Notenbankpolitik müssen in Form adäquater Maßnahmen und Verhaltensweisen sowohl der öffentlichen Hände als auch der autonomen Gruppen eingebaut werden. Die richtige Dosierung des Ballastes und das rechte Trimmen haben - um im Bilde zu bleiben - schon über manchen Regattasiieg entschieden.

So könnte das vorsichtige Ausloten des notwendigen und möglichen Grades an nachfragebestimmendem Liquiditätsentzug durch die Bundesbank von Bund, Ländern und Gemeinden dadurch ergänzt werden, daß die öffentlichen Hände ihre Haushalte im nächsten Jahr freiwillig solange gebremst fahren, bis hinreichend sicher ist, daß von der öffentlichen Nachfrage nur die gewünscht notwendigen Wachstumsimpulse, nicht aber inflationierende Preisschübe ausgehen. Der Bauwirtschaft, von der in den letzten Jahren wesentliche Feuerungstendenzen ausgingen, könnte dies kaum ernsthaft wehtun, weil der Bauparkt nach Aussage der privaten Hypothekenbanken "durch das gegenwärtige Zusagevolumen an Baukrediten auf mindestens anderthalb bis zwei Jahre ausgelastet ist".

Der einzige Unsicherheitsfaktor in dieser Stabilisierungskonstruktion ist das Verhalten der Tarifpartner. Es sollte nicht von der Überlegung bestimmt werden, daß Bundesbank und öffentliche Hände schon genügend für alle Bremsen.

Theodor Kremes
(-/1.12.1972/bgy/fh)

Hauspflege lindert Familiennot

Lehren aus den Erfahrungen der AWO

Weit über eine Million Pflegestunden sind 1971 von den Haus- und Familienpflegerinnen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geleistet worden. Eine imponierende Zahl, wenn man sie auf die Leistungen bezieht, die von den voll- und teilzeitbeschäftigten Hauspflegerinnen der Arbeiterwohlfahrt ebenso wie von den ehrenamtlichen Nachbarschaftshelferinnen erbracht wurden. Zugleich aber auch eine bedrückend niedrige Zahl, wenn man bedenkt, wieviel Not durch Hauspflege hätte gelindert werden können, wenn ausreichend Hauspflegerinnen tätig wären und wenn die Sozialämter ebenso wie die Krankenkassen die Finanzierung der Hauspflege allerorts sicherstellen würden. Das ist jedoch in sehr vielen Kommunen nicht der Fall.

Warum ist es notwendig, Hauspflege so nachdrücklich wie nur möglich zu fördern und zu verstärken? Diese grundsätzliche Frage kann mit einer knappen Feststellung beantwortet werden, die in anderen Zusammenhängen schon oft getroffen worden ist: Weil sich die Struktur unserer Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewandelt hat wie kaum jemals zuvor in der Kulturgeschichte.

Hand in Hand mit dem Wachstum der sozialen Durchlässigkeit ("Offene Gesellschaft") nahm die allgemeine Mobilität zu. Diese und andere Entwicklungen, nicht zuletzt der - zunächst kriegsfolgebedingte, dann aber bedarfsorientierte - Bau von Kleinwohnungen begünstigte die Entstehung der Kleinfamilie, zu der nur Eltern und Kinder gehören. Die Wohnung der Kleinfamilie bietet weder Großeltern noch unverheirateten Verwandten Platz. Nicht selten ist die Mutter berufstätig. Dann ist sie, infolge der Dreifach-Inanspruchnahme durch Familie, Haushalt und Beruf, voll ausgelastet, meist sogar überfordert. Die Zahl der Ein-Personen-Haushalte, das heißt Alleinsteher (vornehmlich Frauen der mittleren und vorgerückten Jahrgänge), ist groß. Größer noch ist die Zahl alleinlebender alter Menschen. In allen diesen Haushaltungen können Situationen eintreten, die den Einsatz einer Hauspflegerin als notwendig erscheinen lassen - aus den unterschiedlichsten Gründen.

Die Aufgaben der Hauspflege sind vielgestaltig. Sie reichen von der Pflege alleinstehender Menschen in ihrer Häuslichkeit über die Vertretung der Hausfrau und Mutter bei Abwesenheit durch Kurz-, Krankheit und dergleichen bis hin zu der Möglichkeit, in Problem-

familien der Hausfrau und Mutter bei Haushaltsführung und Kindererziehung zur Hand zu gehen. Durch einen rechtzeitigen und gut angeleiteten Hauspflegeeinsatz könnte sehr häufig eine Heimeinweisung von Kindern vermieden bzw. verkürzt werden. Leider wurden die Chancen der ambulanten Hilfe, die in der Hauspflege liegen, von den Jugendämtern noch kaum erkannt. Verkürzt werden könnte auch so mancher Krankenhausaufenthalt alleinstehender oder alter Rekonvaleszenten, wenn die sach- und fachgerechte Versorgung des Genesenden in der eigenen Häuslichkeit durch eine Hauspflegerin sichergestellt wäre. Und schließlich könnte Müttern ausländischer Familien durch die Hilfe einer Hauspflegerin die Anpassung an die deutsche Küche und das Verständnis für die fremden Lebensformen, in die ihre Kinder hineinwachsen, erleichtert werden.

Um ein Netz von Hauspflegediensten zu schaffen, die möglichst anderen ambulanten Diensten angegliedert sein sollten, ist es erforderlich, wie im benachbarten Ausland für die Bezahlung der Hauspflegekräfte Subventionen aus öffentlichen Mitteln zu erhalten. Den Familien darf kein kostendeckender Pflegesatz angerechnet werden, sondern es muß, wie bei anderen sozialen Diensten, ein gespaltener Pflegesatz in Anrechnung gebracht werden. Der Einsatz einer Hauspflegerin kostet heute je Tag zwischen 60 und 80 DM (kostendeckend). Auch wenn man von dieser Summe ausgeht, bleibt Hauspflege eine sparsame Hilfe, wenn man die Kosten damit vergleicht, die z.B. bei einer Unterbringung mehrerer Kinder in einem Heim entstehen: etwa im Fall der krankheits- oder kurbedingten Abwesenheit ihrer Mutter. Zudem ist Hauspflege vor allem eine humane und effektive Hilfe. Sie ermöglicht es, Menschen in ihrer gewohnten Häuslichkeit zu versorgen, und durch ihren Einsatz wird es vermieden, Familien auseinanderzureißen.

Die Arbeiterwohlfahrt verfügt zur Zeit über 240 Hauspflegestationen, deren Arbeit von rund 2.240 voll- und teilzeitbeschäftigten Hauspflegerinnen getragen wird. Hemmnisse für den Ausbau der Hauspflege liegen einmal in den Schwierigkeiten bei der Gewinnung und Schulung von Frauen, die bereit sind, in diesem Beruf zu arbeiten, zum anderen in der nicht ausreichenden Finanzierung. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Versicherungsträger ebenso wie die Sozial- und Jugendämter die Möglichkeiten der Hilfe durch Hauspflege mehr als bisher erkennen und dazu beitragen würden, die Finanzierung sicherzustellen.

Doris Wagner
(-/1.12.1972/ks/ee)